

Schwarzwälder Tageszeitung

Begründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
Nr. 11

Printsblatt für den Oberamtsbezirk Nagold und Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

ersch. wöchentlich 6 mal. Bezugspreis: monatlich 1.50 Mark. Die Einzelnummer kostet 10 Pf. Anzeigenpreis: Die einseitige Seite oder deren Raum 15 Goldpfennige, die Reklamenseite 45 Goldpfennige. Nichterhalten der Zeitung infolge höherer Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung. Postfachkonto Stuttgart Nr. 5780. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 29

Altensteig, Samstag den 5. Februar

1927

Zur Lage.

Regierungsbildung, Regierungserklärung im Reichstag und politische Aussprache gaben dieser Woche das Gepräge. Und es gab dabei Ueberraschungen mancherlei Art, sodaß das Bild der neuen innerpolitischen Lage kein ungetrübbes ist. Zu Beginn der Woche galt es, das Reichskabinett zu vervollständigen, denn unter dem Einspruch des Zentrums und der Volkspartei hat der Reichspräsident die beiden deutschnationalen Minister Graef und Hertig nicht ernannt, sondern in persönlichen Verhandlungen eine Umgruppierung eingeleitet. Graef, der als Vizepräsident des Reichstages seinerzeit bei dem Reichspräsidenten Ebert keinen Höflichkeitsbesuch machte, verzichtete auf das Reichsjustizministerium, so konnte dann die Schiebung der Persönlichkeiten leicht vor sich gehen. Zum Justizminister wurde Hertig, der bekannte frühere Führer der Deutschnationalen, ernannt, während das Reichsministerium des Innern der deutschnationalen Abgeordnete von Reußell erhielt, der Sohn des früheren Botschafters in Rom, eines Vertrauten Bismarcks. Das Kabinett war damit vollständig. Es setzt sich zusammen aus 3 Mitgliedern des Zentrums, 4 der Deutschnationalen, 2 der Deutschen Volkspartei, 1 der Bayerischen Volkspartei und dem nunmehr parteilosen Reichswehrminister Dr. Gessler, der seinen Austritt aus der demokratischen Partei erklärte.

Am Donnerstag nachmittag fand nun im Reichstag die Vorstellung des neuen Kabinetts und die Verlesung der Regierungserklärung durch den Reichslanzler Dr. Marx statt. Sie ist ein umfassendes Arbeitsprogramm, an dem nicht allzuviel Kritik möglich ist. Es wurde zwischen den neuen Mehrheitsparteien auf Grund der bekannten Richtlinien vereinbart und behandelt alle Fragen der aktuellen Politik. Breiten Raum nehmen die Verfassungsfragen ein. Die Rechtsgültigkeit der republikanischen Staatsform wird darin anerkannt, der Schutz der Reichsfarben verbürgt, aber auch die Achtung vor der großen Vergangenheit. Der Finanzausgleich soll geschaffen werden. Die Kulturpolitik wird nur flüchtig gestreift und das Reichsschulgesetz angekündigt. Bezüglich der Reichswehr werden die bekannten Reformen, die der Kanzler schon im Dezember v. Js. versprochen, aufgeführt und besonders betont, daß das Heer dem politischen Kampf ein für allemal entzogen werden muß. Außenpolitisch soll die bisherige Verständigungspolitik fortgesetzt und der Gedanke auf Revanche aufgegeben werden. Aber es müsse nun auch Schluß mit der Befahrung gemacht werden. Im zweiten Teil der Regierungserklärung kommt die innere Politik zu Wort. Die Wahrnehmung der berechtigten Interessen der breiten Arbeitermassen gilt als besondere Pflicht. In der Sozialpolitik gilt als Arbeitsplan: die Förderung der produktiven Erwerbslosenfürsorge, die Weiterführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms, tatkraftige Arbeitsvermittlung, Umlernung Erwerbsloser, landwirtschaftliche Siedlung, gesetzliche Arbeitslosenversicherung, umfassende Arbeitsschutzgesetzgebung, Ausbau der Sozialversicherung, Ergänzung durch Wohlfahrtspflege, Förderung des Wohnungsbaus und schrittweiser Abbau der Wohnungszwangswirtschaft. Die Solidarität der Arbeiter und Unternehmer soll von der Reichsregierung in jeder Hinsicht gepflegt werden. Im letzten Abschnitt kommt sodann die Wirtschaftspolitik zum Zuge. Es werden betont: die Erfordernisse der Exportförderung, die Pflege der Landwirtschaft, die Gesundung des Mittelstandes in Handel, Gewerbe und Handwerk, die Förderung der Kapitalbildung, Ausgleich der Interessen und Eingliederung aller Kräfte in den Dienst am Gemeinwohl. Zum Schluß werden noch die Aufgaben der Justiz berührt. Der Entwurf des allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches wird für das Frühjahr angekündigt, der Justiz wird Schutz versprochen gegen die ungerechten Angriffe der letzten Zeit.

Bei der nach Verlesung der Regierungserklärung eingehenden Aussprache gab es zunächst eine Ueberraschung, da die Demokraten als erste ein Mißtrauensvotum gegen das Kabinett einbrachten, dem hernach die Kommunisten und Sozialdemokraten mit geforderten Mißtrauensanträgen folgten. Die zweite Ueberraschung bildete eine Rede des deutschnationalen Führers Grafen Westarp, die der Opposition Wasser auf ihre Mühlen brachte und auch bei den anderen Regierungsparteien einige Mißbilligung verursachte. Die „Germania“, das Zentrumsorgan, meint zu der Rede, daß sie etwas mehr Objektivität und ehrlichen Willen hätte zeigen müssen. Es klappte zwischen dieser Rede des Vertreters der stärksten Regierungspartei und der Proklamationsklärung der Regierung eine Kluft, die man nicht

leicht überbrücken könne. Es sei ein schlechter Anfang, der nichts Gutes für die Zukunft verspreche, denn die Politik der Zweideutigkeiten und Halbheiten könne nicht zum guten Ende führen. Noch schärfer ist das Urteil der eigentlichen Oppositionspresse. Das „Berliner Tageblatt“ schließt seine Betrachtung mit der Prophezeiung: „An den inneren Gegenständen der Regierungsparteien wird sie früher oder später zugrundegehen.“ — Da die Aussprache im Reichstag erst am Samstag zu Ende geht, kann das Endurteil über die neue Koalition und über die Parteierklärungen noch nicht gegeben werden.

Die Landtagswahlen in Thüringen bestätigten erneut die parteipolitische Zerrissenheit des deutschen Volkes. Die Einheitsliste der Bürgerlichen litt unter der Konkurrenz der Wirtschaftspartei, Spärer und Demokraten, die Linke konnte Erfolge buchen, wenn auch die Kommunisten die Hälfte ihrer Sitze verloren. Die Regierungsbildung in Thüringen wird den gleichen Schwierigkeiten begegnen wie in Sachsen.

Auf außenpolitischem Gebiet brachte diese Woche die Beendigung der Militärkontrolle zum 31. Januar. Es ist dem Abzug dieser Schnüffelkommission und ihrem zerstörenden Wirken am deutschen Volkswesen bereits schon eine Betrachtung gewidmet worden. Gleichzeitig gelang es nun endlich, die „Reisepunkte der Entwaflnung“ durch einen Vergleich aus der Welt zu schaffen. Die Reichsregierung wird durch ein Gesetz die Herstellung, die Lagerung und den Export von Kriegsgewehren regeln. Unserer Industrie sind dadurch teilweise neue Fesseln angelegt. In der Frage der Offensiven wüßte Deutschland in die Zerstörung von 33 Unterständen in den Festungsgebieten von Königsberg, Rügen und Glogau, während etwa 50 andere derartige Bauten bestehen bleiben dürfen. Erhebend war das Parier Schauspiel in diesen Restfragen nicht. Um einige betonerte Unterstände wurde mit einem Mißtrauen von der Gegenseite gekämpft, das nichts von Verständigung und Verständigung erkennen läßt. Und zum guten Schluß war das Ergebnis der Verhandlungen eine Sache, die einem Diktat verdammt ähnlich sieht. Und nun sind wir ja wohl der Spindel und Schnüffler im Lande los, aber das neue Organ des Völkerbundes, das Zweifelsinstrument, kann von den französischen Politikern jederzeit gerufen werden. In zu dessen Tätigkeit auch ein Mehrheitsbeschluss des Völkerbundrats notwendig, es wird in Paris ja alles so fein geponnen, daß es erst hernach kommt an die Sonnen! Das Neue in dieser Beziehung ist, daß französische Blätter behaupten, die Erledigung der Reisepunkte werde durch die Militärkonventionen bei den Botschaftern in Berlin überwacht und die Botschafterkonferenz habe die deutsche Entwaflnung noch nicht anerkannt. Briand hat vor dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten wieder keine Politik verteidigt. Zur Beruhigung der französischen Nationalisten versichert er wiederholt, daß er in Thoiry keine Verpflichtung eingegangen sei zu einer vorzeitigen Rheinlandräumung.

Der Spruch des Haager Schiedsgerichts bedeutet nicht nur für die Reichsregierung, sondern auch für die Liquidationsgeschädigten selbst eine schwere Enttäuschung. Die Hoffnung, auch die deutschen Gläubiger aus den Dawesleistungen in angemessenem Umfang befriedigen zu können, ist nunmehr dahin. Denn eine Berufung an eine höhere Instanz gibt es nicht, und wir müssen uns, so schwer es auch sein mag, mit dem Spruch abfinden. Das Auslegungsschiedsgericht konnte, wie es das in der Einleitung seiner Begründung selbst betont, nur deshalb zu seiner Entscheidung gelangen, weil es keine Kompetenzen außerordentlich eng begrenzte und jede Auslegung über den Wortlaut des Dawesabkommens hinaus ausdrücklich ablehnte. Wenn es soweit gegangen wäre, daß es sich auch mit dem inneren wirtschaftlichen Sinn der Dawesgesetzgebung und der Verhandlungen, die ihr vorausgingen, befaßt hätte, dann wäre der Spruch, der für Deutschland ein Objekt von 9 bis 9 1/2 Milliarden Mark darstellt, zweifellos auch anders ausgefallen. Sache der Reichsregierung wird es nun sein müssen, in aller kürzester Frist in eine Prüfung der Frage einzutreten, wie den Liquidationsgeschädigten nunmehr geholfen werden kann. Selbstverständlich ist keiner der Geschädigten so unvernünftig, zu verlangen, daß er seinen Anteil sofort zu 100 Prozent ausgezahlt bekommt. Angesichts der angespannten Finanzlage des Reiches und der immer noch unsicheren finanziellen Zukunft Deutschlands verbietet sich das von selbst. Auf der anderen Seite ist aber die Entschädigung so völlig ungenügend, die bisher gewährt ist, daß Mittel und Wege gefunden werden müssen, um wenigstens nach und nach auch hier eine gewisse Aufwertung eintreten zu lassen.

Immer wieder muß sich das englische Kabinett mit dem Problem China beschäftigen. Die Verhandlungen, die die

englischen Unterhändler sowohl in Peking, wie in Kanton führen, nehmen einen äußerst schleppenden Verlauf, was nicht zuletzt daran liegt, daß England zu lange geschwankt hat und es heute niemandem mehr recht machen kann, weder den Mächten, noch dem Chinesen selbst. Neuerdings ist im Süden sogar der Abbruch der Verhandlungen erfolgt. Der Norden Chinas bleibt offenbar allen englischen Zugeständnissen taub und erst eine großzügige Finanzierung würde hier wohl einen Wandel schaffen können, während die chinesische Regierung bei ihren Erfolgen auch kaum geneigt sein dürfte, den Engländern sonderlich entgegenzukommen. Unter diesen Umständen hat sich die englische Regierung veranlaßt gesehen, sehr umfassende militärische Maßnahmen zu treffen, es wird ein Expeditionskorps von etwa 20 000 Mann, dazu Flugzeuge, Tanks usw. nach China geschickt werden, wo bereits starke Einheiten der englischen Flotte zusammengezogen sind. Das Ziel der englischen Transporte ist ausnahmslos Shanghai, der größte Hafen Chinas, über den etwa der dritte Teil des chinesischen Außenhandels seinen Weg nimmt, und in dem 4250 große industrielle Werke mit mehr als 300 000 Arbeitern ihren Sitz haben. Eine gewalttätige Eroberung Shanghais durch die Truppen der Kantonalarmee soll unter allen Umständen offenbar verhindert werden. Dabei liegen insofern die Dinge für die Engländer nicht ganz leicht, als Shanghai nicht etwa wie Hankau eine englische Konzession ist, sondern ein internationales Settlement, über dessen Angelegenheiten, soweit sie südliche Verhältnisse betreffen, der internationale Municipalrat und soweit sie politische Fragen berühren, das Konsularkorps entscheiden. England kann rein juristisch betrachtet, hier nicht allein gebieten, wenn auch die englischen Interessen in Shanghai zweifellos vorherrschen. Daraus ergibt sich auch, daß England sich bemüht, die übrigen Mächte zu einem gemeinsamen Vorgehen zu veranlassen. Insbesondere dürften derartige Bemühungen in Washington gutgehen, da neben den Engländern in Shanghai die Amerikaner führen. Inwieweit die englischen Bemühungen, sich amerikanische Unterstützung zu sichern, von Erfolg begleitet gewesen sind, läßt sich nicht ohne weiteres übersehen.

Die Lage in China

London, 4. Febr. Der Berichterstatter der „Chicago Tribune“ schreibt: Der Abbruch der Verhandlungen mit England durch den kantonesischen Minister des Aeußeren wird in Shanghai als ein so gut wie endgültiger Beweis dafür aufgefaßt, daß Nord- und Süchina jetzt in der Frage der Verträge und in ihrem Widerstand gegen die britische Diplomatie einig seien. Wenn auch der britische, amerikanische, französische und japanische Admiral zurückhaltend seien, herrsche doch der Eindruck, daß angesichts der schroffen Haltung Peking und Hankaus die Ereignisse sich in Richtung auf einen Bruch und möglicherweise auf Feindselig-



keiten hin bewegen, weshalb man sehr auf die Entfernung aller Ausländer bedacht sei.

London, 4. Febr. Zur Beratung über die Lage in China, mit der sich ein Kabinettsrat befaßt wird, ist ein Kabinettsausschuß gebildet worden, dem Baldwin, Austen Chamberlain und Balfour angehören. Wie einer Reutersmeldung zufolge verlautet, widmet die Regierung der von fremder Seite kommenden Einmischung in die chinesischen Verhältnisse erhöhte Aufmerksamkeit.

London, 4. Febr. Die Erzbischöfe von Canterbury und Doer u. der Präsident des Nationalrates der episcopalen freien Kirchen haben die gesamte Geistlichkeit aufgefordert, bei den Gottesdiensten am nächsten Sonntag eine besondere Fürbitte für eine friedliche, ehrenhafte und dauernde Regelung der bestehenden Schwierigkeiten zwischen England und China auszusprechen.

Deutscher Reichstag

Berlin, 4. Febr.

Am Redneramt: Reichsanwalt Herrmann.
Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der politischen Aussprache. Verbunden damit werden die demokratischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Mißtrauensnoten.

Als erster Redner in der wiedereröffneten Aussprache nimmt unter allgemeiner Spannung das Wort der Abg. von Guérard (Str.). Er erklärt, daß die Oppositionsrede der Sozialdemokraten zu erwarten gewesen war. Aber ich will anerkennen, daß die unterhaltende Rede des sozialdemokratischen Führers Staatspolitische Gesichtspunkte enthält, die bei mir und meinen Freunden die Hoffnung nicht erlöchen lassen, daß die Sozialdemokratie auch in Zukunft trotz ihrer grundsätzlichen Oppositionsstellung ihre Aufgabe darin sehen wird, Hüter und Wehrer des Reichs, der jungen deutschen Republik, zu sein. (Beifall im Zentrum und bei den Sozialdemokraten Bewegung. — Zuruf links: Alte Rede kostet nicht.) Ich muß sagen, daß ich diese Hoffnung allerdings schöpfe aus der erfolgreichen Arbeit, die die Sozialdemokratie und das Zentrum in schwerer Zeit, als das Reichsamt zu wanken begann, gemeinsam zur Rettung des Vaterlandes geleistet haben. (Beifall im Zentrum und bei den Sozialdemokraten erneute Bewegung.) Dieser gemeinsamen Arbeit werden wir stets gedenken und ich glaube, daß ich namens meiner ganzen Fraktion spreche, wenn ich der Hoffnung Ausdruck gebe, daß, wenn auch die politischen Notwendigkeiten uns jetzt andere Wege geben lassen, die Fühlungsnahme nach links nicht ganz verloren geht. Wir leben ja in enger Nachbarschaft zusammen und sind nur durch eine ganz dünne Linie getrennt. (Beifall und Heiterkeit.) Ich gebe der weiteren Hoffnung Ausdruck, daß die politische Einsicht der Sozialdemokratie dazu führen wird, zu bedenken, was eine sachliche und gesunde Opposition ist. Der Redner betont mit Nachdruck, daß das Zentrum in seinem Manifest unverbrüchlich festhalte. Es müsse ausdrücklich festgelegt werden, daß auch die Art der Fortführung der bisherigen Außenpolitik anerkannt wurde. (Lebhaftes Gert, östl.) Nicht nur der Bestand der Locarnoverträge, sondern auch ihr verfassungsmäßiges Zustandekommen werde nicht in Zweifel gezogen werden. (Große Bewegung im ganzen Hause.) Es sei erfreulich, daß durch die Annahme dieser Richtlinien das deutsche Volk in der Außenpolitik einmal völlig einig geworden sei. Einige gestern vom Grafen Westarp beantwortete Punkte bedürften dringend der Klärung. Es handelt sich dabei vor allem um die Fragen der Abbestrafungen. Auch das Zentrum verlange die endgültige Befreiung des deutschen Landes und erkläre, daß die Fortdauer der Befreiung den Frieden gefährde. Eine Wendung ihrer Überzeugung habe man von den Deutschnationalen nicht verlangen können, wohl aber eine Anerkennung der Verfassung von Weimar. Aber ein solches Opfer der Überzeugung sei wohl auch von dem Abg. Scheidemann nicht verlangt worden, als er während des Krieges als fälliger Staatssekretär bestellt wurde. (Weiterkeit.) Ein außerordentlicher innenpolitischer Fortschritt sei darin zu erblicken, daß auch die Beziehungen über das Vorgehen gegen verfassungswidrige Vereinigungen von den Deutschnationalen ohne Vorbehalt anerkannt worden sind. Dem Zentrum erwache jetzt die besondere Aufgabe, die Arbeit für den deutschen Staat ohne Befürdigung keines Zusammenbruchs fortzusetzen. Die Erklärung der Regierung sei so klar, daß sie keiner Auslegung im Sinne des Grafen Westarp bedarf. Die neue Regierung werde sozial ausgleichend sein, aber sie werde nicht sein. (Beifall im Zentrum.) Der Parole „Gegen die Sozialdemokraten“ könne ich das Zentrum nicht anschließen.

Inzwischen ist ein völkischer Mißtrauensantrag eingegangen, der sich gegen den Reichsanwalt Dr. Marx, den Außenminister Dr. Stresemann und den Finanzminister Dr. Köhler richtet.

Abg. Koch-Weser (Dem.) erklärt, die Rede des Grafen Westarp stehe unter dem Zeichen des Fluchs einer achtjährigen hemmungslosen Opposition. Das Zentrum habe das Bekenntnis einer schönen Seele erwartet, was man aber gestern erlebt habe, war kein Bekenntnis, nicht einmal ein Eingeständnis, sondern eine Masterrade. Die Deutschnationalen seien demokratisch in ihren Mitteln und undemokratisch in ihren Zielen. Sie hätten keine Ahnung davon, daß man im Volksozialismus nicht im Licht der Öffentlichkeit handeln kann. Keine Erklärung und Gegenerklärungen würden den Schaden wieder gut machen können, den diese Koalition, die nicht zusammengehört, schon am ersten Tage ihres Auftretens erlitten hat. Man könne schon heute sagen, daß die Deutschnationalen keine einzelne Außenpolitik machen werden, aber sie erschweren durch ihre Reden dem Außenminister, Vertrauen für seine gute Außenpolitik zu gewinnen. Unverträglich sei es, wenn die Deutschnationalen sich jetzt um die Verantwortung wegen der Abmachungen über die Pflichten zu drücken versuchen. Die Regierung müsse die Politik der Verständigung so konsequent einheitslich und ohne Rücksicht auf Parteipolitik treiben, daß das Abenland geräumt und die allgemeine Abrüstung herbeigeführt wird. Die Festsitzung der Republik würden die Deutschnationalen ebenfalls nicht aufhalten können. Die Reichswehr werde nur dann ein brauchbares Instrument sein, wenn sie mit allen Schichten des Volkes Fühlung bewahrt. Der Redner behauptet weiter Finanzfragen und erklärt, daß die wirkliche Rationalisierung des Finanzwesens nur möglich sei auf dem Wege des Unitarismus. Am bedenklichsten sei die Entstehungsgeschichte der neuen Regierung. Die Ausdehnung der Rechte des Reichspräsidenten nach amerikanischem Muster sei undenkbar. Das deutsche Volk sei für ein Zweiparteiensystem noch nicht reif. Wenn wie in Frankreich werde auch in Deutschland nur eine Regierung des Ausgleichs und der Versöhnung ertüchlich sein, bei der die Mitte führt. Die Demokraten werden, so erklärt der Redner zum Schluß, in einer sachlichen und selbständigen Opposition mehr leisten, als in der Regierung. (Beifall bei den Demokraten.)

Unter allgemeiner Spannung gibt dann Abg. Graf Westarp (Dn.) folgende Erklärung ab:

Auf einige Fragen des Abg. von Guérard möchte ich, um jede Mißdeutungen meiner Rede in der Presse alsbald durch Darlegungen beseitigen, was ich gesagt habe, entgegenzutreten, antworten. Die Politik der Koalition, die, wie wir stets ausgeführt haben, kein deutscher Begriff ist, und den Gedanken an eine Politik der Gewalt habe ich, wie gleichfalls oft von uns ausgeführt wurde, auch wegen Deutschlands Wehrlosigkeit als ausgeschlossen erklärt. Deshalb haben wir uns eine Außenpolitik mit dem Ziel gegenseitiger Verständigung im Einklang mit der Regierungserklärung zu eigen gemacht. Die einfache Feststellung der Tatsache, daß die Deutschnationalen Minister an dem letzten Kabinettsbeschlusse über die Abbestrafungen und Kriegsverurteilungen teilgenommen haben, weiß sie teils noch nicht erkannt waren, teils ihr Amt noch nicht angetreten hatten, rief eine mit unvorstellbarer Erregung hervor. Diese Feststellung entspricht ebenso den Tatsachen wie der Umstand, daß uns und dem hohen Hause der Inhalt jenes Beschlusses noch nicht bekannt ist. Selbstverständlich ist, daß die deutschnationalen Minister, nachdem sie Mitglieder des Kabinetts geworden sind, den Beschlüssen durchzuführen bereit sind. Die Heberzeugung endlich, daß das Werk der gegenseitigen Verständigung seine Verwirklichung nicht gefunden hat, solange deutsches Land von fremden Truppen besetzt ist, und unter fremder Herrschaft steht, ist, wie ich weiß, Allgemeinort. Gerade aus ihr folgt die Notwendigkeit, auf die ich besonders hingewiesen habe, in weiteren Verhandlungen den Ansprüchen Deutschlands auf endliche Räumung zur Durchführung zu bringen. Damit habe ich das Meinige zur Klärung von etwaigen Mißverständnissen getan. Gegen Mißdeutungen ist niemand geschützt.

Der von der ganzen Fraktion der Deutschen Volkspartei unterschriebene Antrag wurde von dem Abg. Gündert bekräftigt, der sich mit dem Ausschuhentwurf einverstanden erklärte. Gegenüber einer Kritik in der Zentrumsreihe betonte der Redner, der Antrag der Fraktion gehe von streng sachlichen Voraussetzungen aus. Von (Komm.) begründete den obigen Abänderungsantrag Minister Kommele legte die vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen und Erlasse dar; trotz der klaren Lage habe die Regierung gegen den Ausschuhentwurf nichts einzuwenden. Der Zentrumsabgeordnete Kühn widersetzte gegen die Antragsteller und erklärte, das Zentrum werde dem Antrag zustimmen. Dr. Wolfhard von der demokratischen Fraktion meinte, der Antrag lasse sich aus Sicherheitsgründen rechtfertigen. Der Sozialdemokrat Graf Brockert, auch seine Fraktion billige den Antrag. Dr. Schmittbener von der Bayerl. Vereinigung stellte sich gleichfalls auf diesen Boden. Nach den Schlussworten des Antragstellers Gündert und des Berichterstatters Gaiser wurde der kommunistische Antrag mit allen gegen die Stimmen der Antragsteller bei 1 Enthaltung abgelehnt, worauf der Ausschuhentwurf einstimmig angenommen wurde.

Abg. Veicht (Bauer. Vp.) weist auf die zahlreichen freundlichen Bemerkungen hin, die jetzt zustandekommenden Regierungsteine in den Weg zu legen. Ueberraschenderweise werde dieser Versuch auch nach der gestrigen Rede des Abg. Westarp wiederholt. Unsere Stellung zur Regierungserklärung ist einfach folgende: Wir billigen die Erklärung der Regierung und werden sie loyal in der Durchführung ihres Programmes unterstützen.

Abg. Hennig (östl.) vermißt in der Regierungserklärung die nötige Klarheit. Es sei ein Sammelsurium von Versprechungen. Der Redner bekräftigt dann das völkische Mißtrauensvotum gegen den Reichsanwalt, den Außenminister und den Finanzminister. Der Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung bedeute eine Entwicklung der Deutschnationalen nach der Mitte hin. Erfreulich sei, daß die Demokratie und damit das internationale Judentum, wenigstens aus der deutschen Regierung ausgeschlossen sei. Eine wirklich nationale Regierung werde in Deutschland allerdings erst möglich sein, wenn das Zentrum, das heute schon wieder mit links buhle, nicht mehr in der Mitte läge. Die Deutschnationalen haben völlig abgewirtschaftet.

Gegen 3 Uhr wurde die Sitzung unterbrochen und auf 4 Uhr vertagt.

Die neue Sitzung wird um 4 Uhr eröffnet. Der Abg. Stöcker (Komm.) legt eine Interpellation vor, in der behauptet wird, daß der neue Innenminister von Reußel auf seinem Gute eine Abteilung der verbotenen Ospanioorganisation beherbergt habe, die militärisch ausgebildet worden sei. (Zuruf rechts: So viel Worte, so viel Quatsch!) (Weiterkeit!) Die Interpellation wird zurückgestellt.

In der weiteren politischen Aussprache erhält zunächst der Abg. Landberg (Gos.) das Wort. Er hebt hervor, daß noch niemals solche Gemütserschütterungen bei einer Kabinettsbildung bemerkt worden seien, wie diesmal. Man hätte eigentlich annehmen müssen, daß nach der Rede des Herrn von Guérard die Koalition Vertagung des Reichstages beantragen würde, damit die Zimmermeister der Koalition in eine Prüfung eintreten könnten, ob das Gebälk noch halte, denn es erschien einermassen erschüttert. (Zuruf rechts: So hat nur geknistert.) Der Reichspräsident hätte in erster Linie die Hälfte Partei zur Regierung berufen müssen. Der Redner bekräftigt, daß die Scheidemannrede die Bildung der Großen Koalition bereitet habe. Der letzte Block werde tatsächlich zusammengehalten durch das Zusammengehörigkeitsgefühl der bestehenden Klasse. Für einige Ministerfächer hätten die Deutschnationalen die Richtlinien anerkannt, mit denen sie alles preisgaben, was sie in den letzten 8 Jahren getan und getan haben. Unter großer Heiterkeit bezeichnet der Redner die neue Koalition als eine politische Handwerkskammer. Man müsse verlangen, daß die Deutschnationalen Minister eine klare und klare Erklärung abgeben, ob sie der Regierungserklärung jene Auslegung geben wie Graf Westarp. Die Sozialdemokratie werde dieser Regierung das schärfste Mißtrauen aussprechen. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Dr. Helms-Jung (Dn.) betont den ehrlichen Willen und die ehrliche Bereitschaft seiner Partei, an den praktischen Aufgaben der neuen Regierung mitzuarbeiten. Der Redner geht dann auf die Probleme der Wirtschaft und Sozialpolitik ein. Darauf werden die Beratungen abgebrochen.

In persönlicher Bemerkung erwidert Reichsminister des Innern von Reußel auf die vom Abg. Landberg an ihn gerichteten Anfragen: Die Frage, ob ich mich Herrn Kapp zur Verfügung gestellt habe, beantwortete ich mit Nein. Der Minister widersetzt dann die Angriffe des Abg. Redners gegen seine Person.

Es werden dann noch die Bestimmungen zur zweiten Lesung der Vorlage zur Änderung des Grundschulgesetzes (Entschädigung bei Aufhebung der privaten Vorschulen) vorgenommen. Die Vorlage wird unter Ablehnung sozialdemokratischer und kommunistischer Anträge angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Samstag 11 Uhr mit der Tagesordnung: Fortsetzung der politischen Aussprache und Abstimmung über die Mißtrauensnoten.

Die Geschäftslage des Reichstags

In der Pause beschloß der Vorkonvent des Reichstags in seiner heutigen Sitzung, die Abstimmungen über die vorliegenden Anträge morgen Samstag vorzunehmen. Am Montag wird noch nicht der Etat in Angriff genommen werden, da der Finanzminister Dr. Köhler seine Vorarbeiten für die programmatische Rede zum Etat noch nicht beendet hat.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, den 5. Februar 1927

* **Feueralarm.** Heute früh um 5 Uhr wurde die hiesige Feuerwehr alarmiert, die nach Berned gerufen wurde, wo in einer Scheune ein Brand ausgebrochen war. (Siehe Berned.)

Vorträge. Auf die Vorträge von Dr. med. Bäsching wird auch an dieser Stelle hingewiesen. Die Frauenversammlung am Freitagabend war aus allen Kreisen sehr gut besucht. Man sieht daraus, welches Interesse für diese Fragen vorhanden ist. Am Sonntagabend um 5 Uhr spricht Dr. Bäsching zu den Gewerbe- und Fortbildungsschülern im Gemeindehaus. Am Sonntagabend um 8 Uhr ist Männerversammlung im Gemeindehaus.

Wärrt. Volksbühne. Die Leitung der Wärrt. Volksbühne bringt demnächst in Nagold das dreitägige Märchenstück „Das tapfere Schneiderlein“ von Robert Bärner zur Aufführung. Die Inszenierung wird mit großer Liebe und Sorgfalt von Ernst Günther Schiffer vorbereitet. Unsere keinen Theaterbesucher werden so recht auf ihre Kosten kommen. Die Aufführung findet am 12. 2. in der Turnhalle in Nagold statt. — Am 11. Febr. abends wird „Mina v. Barnhelm“, am 12. Febr. abends „Der Raub der Sabinerinnen“ gegeben.

Eine Reise nach am Rhein mittels Verwaltungsförderzug ab Nagold beabsichtigt die Betriebsinspektion Calw bei genügender Teilnehmerzahl zu veranstalten. Zwei Pläne seien vorgeschlagen:

Nach dem einen Reiseplan (eintägige Reisedauer) würde der Sonderzug am Sonntag, dem 1. Mai, etwa um 5 Uhr früh in Nagold abfahren, auf den Stationen bis einschließlich Pforzheim Reisende aufnehmen und dann über Mannheim, Worms etwa um 10.30 Uhr in Mainz eintreffen. Von dort ginge die Fahrt zu Schiff nach Ridesheim, von wo aus das Riederwalddenkmal besucht würde. Abends etwa 6 Uhr würde die Rückfahrt mit Sonderzug angetreten. Rückkehr nach Nagold etwa 12 Uhr nachts. Das ganze Fahrgehd (ohne Verpflegung) würde für eine Person etwa 15 RM. betragen und sich für diesen Betrag reichlich lohnen. — Der andere Reiseplan (zweitägige Reisedauer) sieht die Abreise in Nagold für Samstag, den 30. April, bei gleichem Zugkurs bis Mainz vor. Ab Mainz würde man zu Schiff nicht nur bis Ridesheim, sondern auf dem herrlichsten Teil der Rheinschiffahrt bis Königswinter am Siebengebirge fahren und am gleichen Abend noch den schönsten Platz am ganzen Rhein, den Drachenfels besuchen. Ueberraschend in Königswinter ober Koblenz je nach Freitags (besondere Abmachungen würden getroffen werden). Am zweiten Tag (Sonntag) würde vormittags die Fahrt mit Sonderzug nach Ridesheim zum Besuche des Riederwalddenkmals gehen und abends etwa 6 Uhr die Heimreise angetreten. Rückkunft nach Nagold etwa 12 Uhr nachts. Das Fahrgehd ohne Verpflegung und Unterkunft würde etwa 25 RM. ausmachen.

Es besteht wohl kein Zweifel, daß beim zweiten Plan die Teilnehmer den landschaftlich schönsten und geschichtlich bedeutungsvollsten Teil Deutschlands zu sehen bekämen und daß auch die Reise nach Plan 2 unvergleichlich schöner wäre und für jeden Teilnehmer zeitlichens eine der angenehmsten Erinnerung hinterlassen würde.

Berned, 5. Febr. (Brandfall.) Heute früh gegen 5 Uhr brach in der Scheune des Ehr. Klumpp Feuer aus, welches das ganze Anwesen niederlegte. Dem tatkräftigen Eingreifen der hiesigen Feuerwehr gelang es den Brand auf seinen Herd zu beschränken und rasch zu löschen, jedoch die herbeigerufenen W. hr von Altensteig, sowie Motorspritze von Nagold nicht mehr in Tätigkeit zu treten brauchten. Der Schaden beträgt ca. 3000 Mk. Die Entstehung des Brandes ist unbekannt.

Ebershardt, 2. Febr. (Jagdverpachtung.) Bei der heutigen Jagdverpachtung wurden erlöst 250 Mk. Die Pacht läuft auf 6 Jahre. Pächter ist Braum z. „Krone“ hier.

Hirsau, 4. Februar. In einem sehr gut besuchten Vortrag sprach die Landtagsabg. Fr. Mathilde Pland im Hirsauer Kurhotel über das Thema: „Haben wir zuviel an sozialer Fürsorge?“ Sie beantwortete die Frage am Schluß ihres Vortrages zusammenfassend dahin: Nicht, u viel insofern, als irgend etwas überflüssig wäre, es ist vielmehr alles notwendig, aber vom allgemeinen Gesichtspunkt aus, was für ein Volk gesund ist, ist es zuviel. Das Bestreben muß dahin gehen, die Fürsorge zu vermindern. In früherer Zeit ging ein geflügeltes Wort: „Weißt ihr uns Arbeit und richtigen Lohn, dann brauchen wir eure Bettelstube nicht!“ Mit einem schönen Wort von Fichte über das rechte Geben schloß die Rednerin ihre vortrefflichen Ausführungen.

Frendenstadt, 4. Febr. (Goldene Hochzeit.) Am Montag, 7. Februar feiern Georg Drißler, Schreinermeister, und Frau Sofie geb. Ruffern das Fest der goldenen Hochzeit. Der Ehegatte ist 78, die Gattin 74 Jahre alt; beide Jubilare erfreuen sich noch körperlicher und geistiger Rüstigkeit und Frische.

Herrenberg, 4. Februar. In der Angelegenheit der Kapitalaufnahme von 150000 Mark ist die Stadtverwaltung mit der Wärrt. Girozentrale in Verhandlung eingetreten. Sie würde von dieser das Geld bei Pari-Auszahlung und zu einem Zinssfuß von 8 Prozent erhalten. Die Verhandlungen gehen darüber weiter.

Rottenburg, 4. Febr. (Todesfall.) Gestern nachmittag durchlitt unsere Stadt die Trauerkunde, daß Musikdirektor Bengel gestorben sei. Vor kurzer Zeit von der Grippe überfallen, bekam er in den letzten Tagen eine Lungenentzündung, die seinen Tod im Alter von nicht ganz 47 Jahren herbeiführte. Der Verstorbene war wegen seiner reichen künstlerischen Begabung weit über Rottenburg hinaus bekannt.



Altensteig-Stadt
**Nadelholz-
 Nutzprügel-Verkauf.**
 Aus Stadtwald Birken, Hagwald, Hochdorferwald,
 Priemen und Engwald kommen
180 Km. Nadelholz-Nutzprügel
 zum Verkauf.
 Schriftliche Angebote in Hundertsteln des Forstpreises
 für 1927, für jedes Los getrennt, bis zum **10. Februar**
1927, vormittags 10 1/2 Uhr an das Stadtschultheißenamt
 erbeten. Eröffnung sofort.
 Zahlfrist: 1. April 1927.
 Abzugsfrist: 1. Juni 1927.
 Den 2. Februar 1927.

Stadtschultheißenamt:
 Pfizenmaier.

Billige Schürzentage
 vom 7. bis 20. Februar
Schürzen aller Art
 zu bedeutend herabgesetzten Preisen
E. Frih, Altensteig

**Weißweine
 Rotweine
 Bergschmittweine
 Schaumweine**
 empfehlen in bekannt besten
 Qualitäten zu billigsten Preisen
Berg & Schmid, Nagold.

Kalk ist nicht Kalk
 Man verwende bei der Aufzucht und
 Mast nur den echten gewürzten Futterkalk
M. „Brodmanns Zwergmarke“
 oder den ungen.
„Patent-Nährsalzkalk“.
 Bester Schutz gegen Knochenkrank-
 heiten. — Preisliste kostenlos. —
 Nur echt in Orig. Pak. — nie löse! Da
 Fälschungen im Handel, achte man beim
 Einkauf genau auf Schutzmarke und Firma
 des alleinigen Fabrikanten
M. Brodmann, Chem. Fabrik m. b. H., Leipzig-Gut.
 Zu haben in **Altensteig** bei: Fritz Schlumberger, Schwarz-
 wald-Trogerie; Fritz Herrlein, Löwen-Trogerie, Haus Kaltenbach;
 Chr. Burghard jr.; Johann Kaltenbach; G. W. Luz Nachf.,
 Inh. Fritz Bühler; Jakob Wurster Nachf., Inh. Fr. Eckhard,
 Gemischtwarengeschäft. In **Simmersfeld** bei: Jakob Danfelmann,
 Gemischtwarengeschäft; G. Schleich Wwe., Kolonialwaren. In
Neuweiler bei: J. G. Kall, Gemischtwaren; Johs. Wahr
 Wwe., Handlung. In **Spielberg** bei: Carl Schneider. In
Walddorf bei: G. L. Nagel Nachf., J. Gulden.

Calmbach a. E.
Landwirte und Viehhalter!
füttert Lactina

das beste und rationellste Aufzucht- u. Mastmittel für Schweine,
 Kälber, Jungvieh, Fohlen, Lämmer, Ziegen und Geflügel;
 absolut unentbehrlich für Kuhhalter. „Lactina“ fördert den
 Milcherttrag, erleichtert die Aufzucht der Jungtiere in hohem
 Maße und reguliert den ganzen Organismus der Tiere
 zu einem gesunden und guten Futteraufnahmefähigen Körper.
 Vor Nachahmungen wird dringend gewarnt nur echt
 mit dem Warenzeichen „Anker“ auf den Säcken.
 5 Kg. Packungen Mk. 4.50 | unfrankiert
 10 „ „ 8.50 | bei 14 Tage Ziel
 25 Kg. Packungen Mk. 21.— | frachtfrei bei 60 Tage Ziel.
 Generalvertreter und Lager der Lactina Werke
Fritz Doetling, Schweinemästerei, Calmbach
 Telefon 187 Wildbad.

Zu sofortigem Eintritt
 suchen wir bei hohem Lohn
 tüchtige ehrbare
Leute

zum Verkauf unserer Spezial-
 Artikel für täglichen Haus-
 bedarf. Geboten wird bei
 zufriedener Leistung Dauer-
 stellung und Gewinnanteil.
 Zu erfragen bei uns, General-
 vertret. **H. Oskar Müller,**
Altensteig Rosenstr. 197.

**Sevier- und
 Zimmermädchen
 gesucht.**

Reflektiert wird auf ordent-
 liches, ehrliches Mädchen nicht
 unter 20 Jahren mit guten
 Umgangsformen.

Angebote unter 3.99 an
 die Geschäftsstelle des Blattes

Zirka 8 Zentner
Kartoffeln
 zu kaufen gesucht.
 Wer? sagt die Geschäfts-
 stelle des Blattes.

Tuberkulosenfürsorgestelle
 Sprechstunde Montag, 7. Februar
 im Krankenhaus Nagold.



Billige Wolle

Prima Landwolle schwarz, grau, p. Pfd. **M 3.70**
 16/4 dr. Spezial schwarz, grau, p. Pfd. **M 4.15**
 16/4 dr. Extra Prima alle Farben, p. Pfd. **M 4.80**
 Ausschließlich Verpackung und Porto unter Nachnahme.
 Täglich großer Versand nach auswärts.

Wollwaren-Versandstelle Hilpart, Dangstetten in Baden



Kaiser's Brust-Caramellen
 mit den 3 Tannen

für ihre Kinder und Sie!
 Dieses seit 35 Jahren bewährte Hustenmittel, köstlich
 schmeckend, darf über die Winterzeit bei Ihnen nicht fehlen!
 Dann werden Sie verschont sein vor Husten, Heiserkeit,
 Katarrh, Verschleimung. Paket 40 Pfg. Dose 90 Pfg.
 Zu haben bei: Lorenz Luz jr., Inh. Eugen Beck;
**J. Wurster Nachf., Fr. Eckhard, Friedrich Jung, Pfalz-
 grafenweiler** und wo Plakate sichtbar.

Simmersfeld.
Dankfagung.



Für die herzliche Teilnahme bei dem Hin-
 scheiden unseres lieben Vaters, Bruders,
 Großvaters und Schwiegervaters

Jakob Fr. Harr,
 Holzhaner

für die zahlreiche Begleitung von nah und fern,
 für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers,
 für den erhebenden Gesang des Herrn Lehrers
 mit den Mädchen und für die vielen Kranz-
 spenden sagen herzlichen Dank

Die trauernden Hinterbliebenen.

**Es gibt nicht
 Besseres
 als
 Aecht
 Franck**
 mit der Kaffeemühle
 als Zusatz zu
 Bohnen- und
 jedem Getreide-
 Kaffee.

**Wissenschaftlich
 steht fest.**
 dass durch die Ver-
 wendung dieses Zu-
 satzes ein stärkeres
 Hervortreten u.
 längeres Anhalten
 des Kaffeegeschmacks
 sowie eine schöne
 goldbraune Farbe
 erreicht werden.

Städtische Sparkasse Altensteig
 Postcheckkonto Stuttgart 3695 Gegr. 1856 Fernsprecher Nr. 58
 Bank-Konto bei der Württemberg. Giro-Zentrale und Württemberg. Notenbank.
Spar- und Depositen-Einlagen
 Darlehen u. Kredite - Giro- u. Scheckverkehr
 Aufmerksame, verschwiegene Bedienung



**Radfahrer-Verein
 Altensteig**

Der Verein ladet seine Mit-
 glieder mit Angehörigen zu dem
 am Sonntag, den 6. ds. Mts.,

im Lokal zum Sternchen stattfindenden

Unterhaltungs-Abend

höflichst ein. Gäste können eingeführt werden.

Saalloffnung 7 Uhr. Anfang 1/8 Uhr.

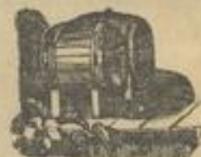
Empfehle:
la Spezial Mullmehl
 Brotmehl, Futtermehl, Teinmehl,
 Mais- und Weißmehl, Corfmelasse,
 Plata-Haber, Malzkeime, Fischmehl
 Kälbermehl

Ferner bringe mein

Weinlager

in empfehlende Erinnerung.

M. Schnierle, Altensteig.



Wart
Todes-Anzeige.



Teilnehmenden Verwandten, Freunden und
 Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unser
 lb. Gatte, Vater, Bruder und Schwager

Fritz Hartmann
 Bauer

nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von
 beinahe 48 Jahren sanft in dem Herrn ent-
 schlafen ist.

Um stille Teilnahme bittet:
 Die tieftrauernde Gattin mit ihrer Tochter.
 Beerdigung Sonntag Mittag 2 Uhr.

